

■ Cordelia Heß

Als die schwedische Regierung 2014 verkündete, eine „feminist foreign policy“ (FFP) zur Maxime zu erheben, wusste niemand, was das ist. „Feministische Außenpolitik“, fragten sich die Angestellten im Utrikesdepartementet (Auswärtiges Amt), in den Botschaften und im diplomatischen Dienst, was soll das sein? Doch die Devise der damaligen Außenministerin, Margot Wallström, war eindeutig: „More women, more peace“. Mittlerweile sind nicht nur die schwedischen Diplomaten gebrieft, sondern es beschäftigen sich auch viele kritische Wissenschaftler*innen mit der Frage, was FFP eigentlich bedeutet. Ist das bloß „pinkwashing“? Oder hat Schweden den Beweis angetreten, dass man auch als kleines Land eine moralische Supermacht sein kann?

Die offiziellen Definitionen der schwedischen Regierung auf ihren Internetseiten wirken progressiv: Gleichstellung zwischen den Geschlechtern und die Einhaltung grundlegender Menschenrechte für Frauen und Mädchen ist das erklärte Ziel der Außenpolitik. Kurz zusammengefasst wird das Prinzip in den „drei R“: Rechte, Repräsentation, Ressourcen; basierend auf einem vierten „R“: der (patriarchalen) Realität, mit der Frauen und Mädchen weltweit konfrontiert sind. Sie sollen „ökonomisch unabhängig“ sein, „frei von Gewalt“ leben können und sexuelle sowie reproduktive Rechte genießen. Da gerade der außenpolitische Bereich durch die Interessen des Nationalstaats gesteuert ist, werden durch FFP diese Ziele zu nationalen Interessen erhoben.

Waffen statt Gleichstellung

Das ist ein Erfolgsmodell: Kanada hat sich 2017 einer feministischen Diplomatie verschrieben, Mexiko folgte 2020. Und nun taucht auch im Koalitionsvertrag der deutschen Ampel-Parteien der Begriff „feminist foreign policy“ auf. Es ginge darum, „Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen und Mädchen weltweit zu stärken“, heißt es dort auf Seite 144. Angesichts eines weltweit erstarkenden Antifeminismus ein gutes Signal – in der Umsetzung gibt es aber durchaus Diskussionsbedarf.

Denn was ist das für ein Feminismus, der hier zum Handlungsprinzip erhoben wird? Einer, der auf eher traditionellen bis biologischen Definitionen von Geschlecht aufbaut. Jedenfalls geht es in allen schwedischen Handlungsleitfäden immer um „Frauen und Mädchen“, nie um trans, inter und andere Identitäten.

In der Praxis bedeutet die Frage, welcher Feminismus die Grundlage von FFP bildet, oft einen Konflikt. Nicht nur zwischen einer patriarchalen Gesellschaft und denjenigen, die darunter leiden, sondern auch zwischen den Interessen von weißen privilegierten Frauen und Männern in Schweden und Europa und der propagierten Handlungsmaxime, fundamentale Menschenrechte überall auf der Welt durchzusetzen.

Tatsächlich stehen bei FFP mehrere nationale Interessen miteinander im Konflikt. So ist Schweden nach wie vor einer der weltweit größten Waffenexporteure: Die Produktion wächst stetig, mittlerweile wird in 56 Länder der Welt ausgeliefert. Auf der Käuferliste stehen die Vereinigten Arabischen Emirate, Pakistan und Oman – Länder also, in denen das Ziel der FFP, internationalen Frauen und Mädchen an friedlichen Konfliktlösungen zu beteiligen, in weiter Ferne liegt.

Dann ist da noch das Thema Asyl: Wie viel ist eine Außenpolitik wert, die Frauen und Mädchen „frei von Gewalt“ und „ökonomisch unabhängig“ leben lassen will, ihnen aber gleichzeitig sagt, dass sie dies am besten woanders tun sollen? Die „feministische“ Regierung hat seit 2015 diverse

Pinkwashing oder Moral?

Diplomatie Die Ampelparteien wollen „feministische Außenpolitik“ machen. In Schweden ist das seit 2014 Praxis

Verschärfungen des Asylrechts eingeführt. Am schwersten wiegt das Verbot von Familiennachzug mit wenigen und strengen Ausnahmen. Angesichts der Tatsache, dass meist Männer auf die gefährlichen Fluchtwege geschickt werden, um weibliche Familienangehörige auf sichereren Wegen legal nachholen zu können, ist das eine antifeministische Maßnahme.

Dass Theorie und Praxis auseinanderklaffen, ist das eine Problem von FFP. Das andere ist, dass ein Staat eine eigene, sehr platte Definition von Feminismus als zentralen Teil seiner Eigenvermarktung als „progressive Supermacht“ benutzt. Gleichberechtigung ist spätestens seit den 1970er Jahren zentraler Aspekt der Selbstdefinition: internationales Engagement in der Bevölkerungspolitik in den 1970er Jahren, das „schwedische Modell“ zur Illegalisierung des Kaufs von sexuellen Dienstleistungen 1999, jetzt FFP: Genderfragen haben immer einen großen Teil der Selbstdarstellung des nordeuropäischen Landes ausgemacht.

Dabei ist die Frage, welcher Feminismus der richtige ist, Gegenstand schwieriger und schmerzhafter sozialer Kämpfe. Inter-

Die Regierung in Stockholm will den Frauen helfen – aber bitte nicht im eigenen Land

sektionale Feminist*innen haben diesen Konflikt längst erkannt und kämpfen täglich an vielen Fronten: gegen Rassismus in den eigenen Reihen, für die Rechte von trans Personen, gegen Antifeminismus. Hingegen suggeriert FFP, dass die Differenz zwischen den biologischen Geschlechtern die einzige Bruchlinie sei – und die Entscheidung für die richtige Seite dementsprechend einfach.

Katarzyna Jezierska von der Hochschule Väst hat dieses „nation-branding“ über Genderfragen untersucht und stellt fest, dass damit genau das Gegenteil erreicht wird: „Politische Kämpfe werden aus diesem Narrativ herausgeschrieben.“ Dadurch



ILLUSTRATION: DER FREITAG, MATERIAL: ADOBE STOCK

verschwinde der Feminismus aus dem Markenkern „progressives Schweden“. Die schwedische Regierung behauptet gerne und oft, dass Feminismus dort ein weniger aufgeladener – sprich: negativ besetzter – Begriff sei als anderswo. Richtig ist, dass viel mehr politische Entscheidungsträger*innen aller Geschlechter sich offensiv als feministisch bezeichnen. Unrichtig ist, dass Feminismus ein von „allen“ in Schweden geteiltes Ziel sei. „Silencing“ und Gewaltandrohungen treffen diejenigen, die öffentlich – vor allem online – feministische Standpunkte vertreten. Auch die offizielle Kommunikation der FFP wird oft lächerlich gemacht.

Den Rechten gefällt's

Perfiderweise hat die Rechte die Schwachpunkte von FFP erkannt, greift jedoch das Prinzip „Gleichstellung“ selbst nicht an. In einer Untersuchung über FFP schreibt die rechtspopulistische Partei Sverigedemokraterna (in aktuellen Umfragen bei etwa 20 Prozent): „Die Regierung ist weiter von einem Szenario entfernt, in dem Männer und Frauen dasselbe Recht auf körperliche Integrität und ökonomische Selbständigkeit haben, als bei ihrem Antritt.“

Die Vorstellung einer geschlechterprogressiv-nationalen Gemeinschaft passt gut mit der rechten Idee zusammen, dass Migration die Situation für Frauen daheim verschlechtere. Und damit wird das Problem der FFP offensichtlich: Wenn ein feministisches Prinzip einerseits so prominent gemacht und andererseits so verwässert wird, dass sogar die extreme Rechte dieses Prinzip affirmativ benutzen kann, um rassistische und antifeministische Positionen zu verhandeln, dann ist der Nutzen von FFP über die Selbstdarstellung als „progres-

siv“ hinaus zumindest zweifelhaft. Ob dem Begriff dasselbe Schicksal in Deutschland bevorsteht? Das haben jetzt die Ampel-Parteien in der Hand.

Cordelia Heß ist Professorin für Nordische Geschichte an der Universität Greifswald

Auf freitag.de finden Sie außerdem ein Interview mit Kristina Lunn, der Gründerin des „Centre for Feminist Foreign Policy“

Super Safe Space
Erik Flügge

Knast statt Palmen? Als schwuler Mann kann mir das blühen

Haben Sie die Hoffnung auf Besserung in der Pandemie auch nicht aufgegeben? Planen Sie vielleicht schon den nächsten Sommerurlaub? Dann haben Sie sicherlich ein schönes Reiseziel, mit Strand und Palmen. Doch wussten Sie, dass Sie ein Privileg genießen? Nicht nur das Privileg der Mittelschicht des reichen globalen Nordens, wo am Ende des Monats genug Geld für ein Hotel unter Palmen übrig bleibt. Nein, Sie genießen auch das Privileg der Heterosexualität.

Das merken Sie daran, dass Sie nicht so viel googeln mussten wie Homosexuelle, als Sie Ihren Urlaub geplant haben: Droht mir der Staat in meinem Strandparadies mit Gefängnis oder Todesstrafe, wenn ich in der Öffentlichkeit meinen Partner küsse? Wenn Sie sich darüber informieren, wo der Staat Sie als schwulen Mann töten will, fallen gleich sechs Länder als Destination weg – darunter das beliebte Urlaubsland Dubai. Wenn Sie nicht im Gefängnis landen wollen, sind es schon deutlich mehr. Und falls Sie planen, nicht bespuckt oder verprügelt zu werden, können Sie gleich die halbe Weltkugel von Ihrer Urlaubsliste streichen.

Das ist wörtlich gemeint: In 69 Staaten gelten noch immer Gesetze gegen Homosexualität. Direkt vor unserer Haustür, im Urlaubsland Türkei, lehnt eine Mehrheit von 57 Prozent Homosexualität ab. Aber vielleicht wollen Sie auch lieber die ägyptischen Pyramiden bestaunen? Dann sollte Ihre Liebe zum gleichen Geschlecht besser Ihr Geheimnis bleiben! Zwar ist Homosexualität in dem nordafrikanischen Land nicht offiziell verboten, doch sind auch dort Verfolgungen und Diskriminierungen an der Tagesordnung: 2014 wurden in Kairo 26 Männer wegen „homosexueller Ausschweifungen“ angeklagt – und erst Wochen später wieder freigelassen.

Die Unsichtbarkeit von Homosexualität ist das Ziel solcher Regime. Schwule und Lesben gibt es überall, aber sie werden durch Bedrohung aus der Öffentlichkeit verdrängt. Wer sich selbst verleugnet, wer für den Urlaub auf „hetero“ macht, wird Teil dieser perfiden Strategie. Man repräsentiert dann eine heterosexuelle Scheinnormalität, die Homosexuellen vor Ort das Gefühl gibt, mit der eigenen sexuellen Orientierung allein zu sein.

Durchbrochen werden kann dieser Teufelskreis nicht von Homosexuellen allein. Nur der solidarische Boykott heterosexueller Touristen gegenüber allen Reiseländern, in denen Homosexuelle verfolgt werden, würde genug wirtschaftlichen Druck erzeugen, um einen Unterschied zu machen. Das heißt, dass auch Sie googeln müssten, ob Sie unter Palmen bedroht würden, wenn Sie schwul oder lesbisch wären – um sich dann ein neues Reiseziel zu suchen.

ANZEIGE

Demokratie braucht Debatte!
Die Zeitschrift für Politik und Kultur | Analysen, Hintergrund, Meinungen

Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte
12 2021

Jetzt geht's los

Für 3 Monate testen
www.ng-fh.de

Jetzt Probeabo bestellen!